

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Muntzblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Er erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.00 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Alltag“, „Reise und Erholung“, „Unterhaltungsbillets“. Durch die Beilagen und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewinne wird kein Schadenertrag geleistet.



Telegr.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Pett-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Abat. Kellern sollen pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschritt und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munger

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munger, Spangenberg

Nr. 6

Dienstag, den 12. Januar 1932

25 Jahrgang.

Deutschlands Rein.

— Berlin, 12. Januar.

Die internationale Diskussion wird völlig beherrscht von der Feststellung des Reichszanklers Dr. Brüning, daß Deutschland weitere politische Zahlungen also Reparationen, nicht leisten kann. Überall, ob in Paris, London und Rom oder im fernen Washington und Tokio, gibt es nur einen Gesprächsstoff: das Rein Deutschlands.

Ueberprüfung hätte die Kanzlererklärung eigentlich nur dort ausüben dürfen, wo man weder den Ernst der deutschen Not noch die geistige Entwicklung des deutschen Volkes erkannt hat. Wo man sich aber zu dieser Erkenntnis durchgerungen hatte, da mußte man immer, zumal nachdem der Boleter Sachverständigenausschuß die Reparationsunfähigkeit Deutschlands festgestellt hatte, mit einer ähnlichen Erklärung der Reichsregierung rechnen. So hat denn auch in England & weniger der Inhalt der deutschen Feststellungen, als vielmehr der Zeitpunkt der Kanzlerklärung überwiegt. Man hat in London das deutsche Rein freilich in Lausanne erwartet.

Gänzlich falsch aber ist es, wenn die Kritiker des deutschen Vorgehens nun davon sprechen, durch die Klarstellung der Unfähigkeit Deutschlands zu weiteren Tributleistungen nach der Lausanne seien die Schwierigkeiten dieser Lieferungen zusammengefallen nur noch erhöht worden. Wenn man einigermaßen logisch denkt, dann könnte das doch nur in bezug auf die Schwierigkeiten gesagt werden, die bisher einer neuen Zahlungsfähigkeit entgegenstanden. In dieser Hinsicht aber hat der deutsche Schritt die Schwierigkeiten nicht nur erhöht, sondern er hat jene solche Zwischenlösung unmöglich gemacht!

Das aber stellt keinen Nachteil dar, sondern es macht im Gegenteil die Bahn frei für eine wirkliche Endlösung der Reparationsfrage. Mit dem Rein Deutschlands ist restlose Klarheit darüber geschaffen worden, daß nicht nur das Zahlungsprogramm des Youngplans, sondern dieser ganze Plan tot ist, so daß es nur noch darauf ankommen kann, die Welt von diesem Plan, d. h. von dem Tributfluch, zu befreien. Wohlgekannt: nicht, weil Deutschland nicht mehr zahlen will, sondern weil Deutschland nicht mehr zahlen kann! Deutschland versteht also mit seinem Rein keine befehligen Verträge, sondern es zieht nur die Konsequenzen aus seiner jahrelangen Lebensgeschichte, mit der es die Unmöglichkeit der Verträge demonstriert hatte.

Ein Volk aber, das dabei soweit gegangen ist, daß es mit den Schlussfolgerungen gewartet hat, bis seine Wirtschaft in den Grundfesten erbeutet und die Zahl der Arbeitslosen hart an die sechs-Millionen-Grenze hinaufgeklüffert ist, dieses Volk hat ein Recht darauf, jetzt mit dem Vorwurf der Vertragsverletzung vorzugehen! Drohungen aber führen nicht und vermögen uns nicht zu schaden, weil wir alle klar den Abgrund erkannt haben, in den wir bei der Fortsetzung des bisherigen Weges stürzen müssen.

In der Reparationsfrage ist die Front des deutschen Volkes geschlossen. Wir kämpfen einmütig gegen die Reparationsverpflichtung und bestreiten einmütig jeden Anspruch ausländischer Staaten auf deutsche Tributleistungen! Innerpolitisch ist also über die Erklärung des Reichszanklers nichts zu sagen. Um so mehr über die internationalen Wirkungen des deutschen Schrittes.

Wie man dazu hört, betrachtet man in den der Reichsregierung nachstehenden Kreisen die Lage ziemlich zuversichtlich. Wenn in der französischen Presse die Aufregung zunächst auch außerordentlich groß gewesen ist, so erklärt man, so beginnt man jetzt doch auch in Frankreich nüchternere Überlegungen anzustellen. Die Drohung, daß die französische Regierung auf Grund der Kanzlerklärung auf die Teilnahme an der Konferenz in Lausanne verzichteten werde, sei nicht wahrgemacht worden. Nun spreche die Nachrichtenagentur Havas zwar davon, daß die französische Regierung im Verlauf des heutigen Dienstags ihre Stellungnahme festlegen werde, gleichzeitig betone sie aber auch den Willen Frankreichs, nach Lausanne zu gehen.

Auch mit der Einhaltung des Haager Gerichtshofs in den Reparationskampf wird in Berlin nicht gerechnet.

Was die weiteren „Zwangsmassnahmen“ betrifft, die hier und da in Frankreich verlangt werden, ist nicht einzusehen, woher Frankreich z. B. das Recht zur Erhebung einer Sondersteuer auf deutsche Einfuhrwaren nehmen will. Das Boleter Gutachten bietet dafür, soweit der deutsche Text in Frage kommt, keine Handhabe. Im übrigen würde eine solche Sonderbesteuerung deutscher Waren lediglich auch nicht viel bedeuten, weil Frankreich ohnehin zu den Ländern gehört, die befreit sind, die deutsche Einfuhr auf das äußerste zu beschränken. Es verbleibe Frankreich also nur die Möglichkeit, den deutschen Vorstoß dadurch zu bekämpfen, daß die Bank von Frankreich ihren Anteil an dem der Reichsbank gewährten Kredit nicht wieder verlängert. Damit aber würde Frankreich erst recht die Reparationsunfähigkeit Deutschlands offensichtlich machen.

Wies in allem sieht sich also lagen, daß die Reparationskonferenz wie vorgesehen am 25. Januar in Lausanne beginnen wird, und zwar mit der Tagesordnung: Endlösung der Reparationsfrage. Wir begrüßen es daher, daß der englische Ministerpräsident MacDonald

Lausanner Konferenz

notwendiger denn je. — Amtliche Erklärung des englischen Ministerpräsidenten.

— London, 12. Januar.

Der englische Ministerpräsident Ramsay MacDonald hat in einer Unterredung über die Reparationsklärung des deutschen Reichszanklers, die Politik und die Stellungnahme der britischen Regierung könnten erst am geeigneten Ort und zur geeigneten Zeit mitgeteilt werden. Inzwischen könne aber gesagt werden, daß es angesichts der im Boleter Sachverständigenbericht geschilderten deutschen Wirtschaftslage und angesichts der politischen Probleme Deutschlands nicht unwahrscheinlich gewesen sei, daß Dr. Brüning eine solche Erklärung auf der Lausanner Konferenz abgegeben werde. Die Tatsache, daß Dr. Brüning sie schon abgegeben habe, mache die Konferenz wichtiger denn je; denn es sei unmöglich, die Dinge so zu lassen, wie sie seien. Die gegenwärtige Lage sei das Ergebnis von internationalen Abmachungen. Eine internationale Konferenz sei daher notwendig, um die Lage zu behandeln. Nach seiner Überzeugung würden dann alle betroffenen Regierungen einlehen, daß die Erholung und Befriedung Europas davon abhängen, daß man den harten Tatsachen ins Gesicht sehe.

Sir Walter Langton, Englands Hauptdelegierter bei den Sachverständigenzusammenkünften der letzten Zeit, verwies gegenüber der deutschen Erklärung auf den Boleter Bericht, aus dem die Notwendigkeit einer grundlegenden Revision des Youngplans herorgehe. MacDonalds Auslassung zeige einwandfrei, daß auch der Ministerpräsident der Überzeugung sei, daß diese Revision eine weitreichende sein müsse.

In der englischen Presse hat das Rein Deutschlands vielfach eine günstige Aufnahme gefunden. Fast alle Zeitungen betonen, sie hätten eine ähnliche Erklärung für Lausanne erwartet. Daß Brüning seine Schlussfolgerungen nun noch vor der Eröffnung der Konferenz gezogen hat, wird von einigen Zeitungen, so vor allem von der „Times“ und „Morning Post“, kritisiert.

Im einzelnen führt „Times“ aus, Deutschland werde in Lausanne auf die verheerenden Auswirkungen der Tribute auf den Weltmarkt hinweisen und sich auf den Standpunkt stellen, daß von deutscher Seite übermässige Anstrengungen zur Überwindung der Schwierigkeiten gemacht worden seien. Es werde festgestellt, daß nunmehr die Grenze des möglichen erreicht sei, so daß die Beibehaltung des Systems der politischen Schulden zu einem allgemeinen Unglück führen müsse.

„Times“ kritisiert dann eingehend die Abgabe der deutschen Erklärung vor der Lausanner Konferenz und findet es „unglücklich“, daß der Reichszankler den Inhalt seiner Stellungnahme dem Boleter einer interessierten Macht, dem englischen Botschafter Sir Horace Rumbold, nämlich, oornge bekanntgegeben hat. Dazu ist aber zu sagen, daß die Ausdrücke des britischen Botschafters mit dem Kanzler auf Erläutern des Botschafters selbst erfolgt ist. Zum Schluss redet „Times“ Frankreich noch gut zu und wendet sich dagegen, nun die Konferenz abzulagen. Welche Form die in Lausanne zu treffenden Abmachungen haben würden, und auf welche Zeit sie sich erstrecken sollten, das sei Sache eines freundschaftlichen Einverständnisses zwischen Gläubigern und Schuldern.

„Daily Telegraph“ liest aus Brünnings Erklärung heraus, daß Deutschland nicht bezahlen wolle. „News Chronicle“ sagt, der Youngplan sei tot. Jeder vernünftige Mensch wisse, daß Tributzahlungen nach dem

von vornherein jede neue Verlangung der Konferenz abgelehnt und diese Konferenz als „nötiger denn je“ bezeichnet hat. So, wie es bisher war, kann es nicht bleiben. Die Fronten sind klar, die Gegensätze offen, der Kampf muß durchgeführt werden.

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.

Wahlwahl Hindenburgs?

Zählungnahme der Nationalsozialisten mit dem Büro des Reichspräsidenten.

— Berlin, 12. Januar.

Staatssekretär Meißner vom Büro des Reichspräsidenten hatte eine Unterredung mit Führern der NSDAP, über die Frage der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten bzw. der Wiederwahl Hindenburgs. Die Führer der NSDAP äußerten sich über den Verlauf der Unterredung sehr befriedigt. Im Anschluß daran fand eine neue Besprechung der Führer der NSDAP mit den Deutschnationalen und dem Stahlhelm statt.

Youngplan nie wieder in Frage kommen könnten. „Daily Express“ erklärt, es sei die nackte Wahrheit, daß Deutschland gegenwärtig nicht bezahlen könne. Fraglich sei es, ob das Reich auch in aller Zukunft zahlungsunfähig bleibe.

Nach der „Daily Herald“, das Organ der Arbeiterpartei, ist mit der Erklärung Brünnings vollkommen einverstanden. „Financial Times“ bezeichnet die deutsche Erklärung als gerechtfertigt, meint aber, es sei nicht Sache des Schulners, eine Forderung nach Streichung der Tribute zu stellen.

Französische Drohungen.

Berlin will das Haager Gericht anrufen und empfiehlt Kreditkündigungen.

— Paris, 12. Januar.

Die französischen Zeitungen äußern sich zu der Kanzlerklärung übereinstimmend dahin, die französische Regierung dürfe keinesfalls tatenlos die weitere Entwicklung mit ansehen. „Paris-Midi“ ruft zur Bildung einer Einheitsfront unter der Führung Dalais auf. „Matin“ beschimpft die Reichsregierung, sie befände schlechten Willen gegen unterzeichnete Verträge.

Berlin & beschäftigt sich damit, die Druckmittel gegen Deutschland herauszufinden. Er regt so die Anrufung des Haager Gerichtshofs an, gibt gleichzeitig aber zu bedenken, daß auch im Falle eines gewonnenen Prozesses „kein anderes Mittel für die Durchsetzung des französischen Standpunkts als der Krieg“ übrigbleibe. Ferner werde die Bank von Frankreich ihren Anteil an der der Reichsbank gewährten Anleihe von 100 Millionen Mark Ende Februar zweifellos nicht verlängern. Zweitens werde es nicht schwierig sein, die deutsche Wirtschaft über gewisse Gläubiger, die Frankreichs Schuldner seien, zu treffen. Darüber hinaus könne Frankreich seine „Rechte“ dadurch wahrnehmen, daß es wie im Jahre 1921 Zollmassnahmen gegen die deutsche Einfuhr ergreife.

Auf jeden Fall fordere die französische Öffentlichkeit, daß man dem Reichszankler Brüning nicht erlaube, einen neuen „Feggen-Papier“ in den Papierkorb zu werfen. Nach dieser aus der Tiefe seines Gemüts ausgestoßenen Drohung geht Bertinag zu den französisch-englischen Verhandlungen über und stellt fest, daß die Besprechungen nicht bald zum Fied kämen. Seit-Roh erstrebe immer noch einen fünfjährigen Zahlungsausschuß, und MacDonald habe nichts Giltigeres zu tun, als Berlin zu ermuntern.

Der „Temps“ gelangt in seiner Aufregung zu dem Schluss, Deutschlands Forderung auf Befreiung des Youngplans stelle einen „brutalen Vorstoß gegen den Youngplan und gleichzeitig einen Akt des bösen Willens dar.“ Deutschland, so phantasiert der „Temps“, dann weiter, wolle die internationale Ordnung durchbrechen, jedes Vertrauen töten und sich in die Rolle eines politischen Fortrers begeben, für den internationale Verträge nur einen Feggen-Papier bedeuten.

Ethlicher äußert sich der Radikalsozialist Pierre Cot, der auf eine Frage des „Paris-Midi“ offen erklärte, der deutsche Reichszankler habe eigentlich nur laut und in einer „vielleicht drohenden Form“ das gesagt, was alle Welt insgeheim denke. Die Reparationsfrage habe der Welt vielen Schaden zugefügt und auch Frankreich nichts Gutes gebracht.

Ueber die Vorgeschichte der Verhandlungen und die Stellungnahme der Nationalsozialisten veröffentlichte die Reichsleitung der NSDAP folgende Mitteilung:

Mittwoch, 6. Januar, wurde dem Führer der NSDAP, durch den Reichsinnenminister Goerner im Auftrage des Reichszanklers mitgeteilt, es bestünde die Absicht, die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg durch Parlamentsbeschluß zu verlängern. Adolf Hitler bemüht sich zur Zeit, die durch die gegen den Willen und ohne Schuld der NSDAP erfolgte Hineinziehung des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten in die parteipolitische Kampfatmosphäre der jetzigen Tage herbeigeführte Situation zu klären.

Die endgültige Entscheidung, die noch nicht festliegt, wird ausschließlich bestimmt sein von den Rücksichten auf die Lebensinteressen der durch die nationalsozialistische Bewegung vertretenen deutschen Nation einerseits und die Würde und das Ansehen des Herrn Reichspräsidenten andererseits. Alle bisher von nationalsozialistischer Seite in der Presse verbreiteten Aussagen über die Haltung, die Adolf Hitler bei den Verhandlungen mit dem Reichszankler eingenommen hat, sind unzutreffend und beruhen lediglich auf tendenziösen Kombinationen.

Aus der Heimat

Spornhagen, den 12. Januar 1932

Wir kündigung Ihnen „vorläufig“.

Wie jedes Monatsende, so hat auch das letzte wieder manchem Angestellten eine Kündigung seiner Stellung gebracht, und zwar eine „vorläufige“, wie der Arbeitgeber sagt. Er glaubt, die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als günstig voraussehen zu dürfen und will deshalb seine gebliebenen Verpflichtungen für einen solchen Fall als das geringste Maß vermindern. Deshalb trennt er sich nun auch von seinen langjährigen Angestellten, die nach dem Gesetze eine längere Schutzfrist genießen.

Der Angestellte, der eine solche „vorläufige“ Kündigung empfängt, ist geneigt, sie aus der leichte Arbeit zu nehmen. „Es wird ja so schlimm nicht werden, und es ist ja nur eine Vorläufigkeitsregel.“ In Wahrheit ist aber eine solche Kündigung eine Selbsttäuschung der Angestellten, denn die „Vorläufige“ des Arbeitgebers soll ihm ja gerade dazu dienen, die rechtlichen Verpflichtungen zu begrenzen, ihn zu einem gewissen Zeitpunkt von ihnen zu befreien.

Wie ernst eine vorläufige Kündigung aufzufassen ist, spricht ein Urteil des Landesarbeitsgerichts Götting (S. V. 168/31) aus: „Ob die Arbeitgeberin die Kündigung nur „vorläufig“ ausgesprochen hat, ist unerheblich; eine vorläufige Kündigung zeitigt dieselben Rechtsfolgen wie jede andere. Sämt der Arbeitnehmer sei für unbefristet, so muß er gegen sie — „vorläufig“ — den etwa zulässigen Einspruch einlegen. Tut er das nicht und hält der Arbeitgeber an der Kündigung fest, oder ist der Einspruch überhaupt unzulässig (weil kein Gruppenrat vorhanden ist), so läuft demnach das Arbeitsverhältnis auf Grund der ordentlichen Kündigung ab.“

Landwirtschaftliche Haushaltungsschulen. Den staatlich anerkannten landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen in Preußen ist durch Erlass des preussischen Landwirtschaftsministers im Einverständnis mit dem preussischen Handelsminister die Berechtigung verliehen worden, daß der einjährige Besuch dieser Anstalten von dem Besuch des hauswirtschaftlichen Unterrichts der gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen und von dem Besuch der hauswirtschaftlichen Berufsschulen befreit.

X Sängertag des Heiligenberggaues. Am Sonntag fand in Kirchhof im Saale der Gastwirtschafts-Heimemann der Sängertag des Heiligenberg-Gaues statt. Die Gauevereine waren fast vollständig vertreten. Der Gauepräsident Kirchhof begrüßte die Abgeordneten mit einem „Gott mit uns“ und zwei nachfolgenden Liedern. Der Vorsitzende, Lehrer Lange-Mörsch, wies in seinen Eröffnungsworten auf die schwierige Lage auch der Sängergauevereine hin. Die Not in den Familien sei groß, so daß auch der Besuch in den Sängerkunden leide. In der Geschichte unseres Volkes habe es schon ähnlich schwere Zeiten gegeben. Aber immer wieder sei es besser geworden und so hoffe man auch jetzt auf eine gute Zukunft, damit der Sängertag wieder mit Freude das deutsche Lied singen könne. Der Jahresbericht, den der Vorsitzende daraufhin gab, ließ erkennen, daß im vergangenen Jahre im Heiligenberggau die Pflege des deutschen Volksliedes eifrig betrieben wurde. Bei dem Wertungsingen in Rötke meldeten sich besonders die bei den Dorfvereinen gesteigerten Leistungen bemerkbar. In diesem Jahre soll kein Wertungsingen abgehalten werden, da man mit den Vorbereitungen zu dem deutschen Sängerbundfest in Frankfurt a. M. voll und ganz beschäftigt sein wird. Dem Antrag des Sängergauevereins „Viertelfest“ Spangenberg, das diesjährige Gauefest, an dem sich alle Vereine beteiligen müssen, mit der Feier seines 90jährigen Bestehens zu verbinden, wurde zugestimmt. Die Veranstaltung soll im Juni stattfinden. Der Kassenbericht für das letzte Jahr wies eine Einnahme von 1079 Mark und eine Ausgabe von 635 Mark auf, so daß ein Ueberschuß von 344 Mark verbleibt. Eine längere Aussprache zeigte der Vertragssatzung von 35 Punkte Mittelteil für den deutschen Sängerbund. Es wurde begrüßt, daß der Deutsche Sängerbund diesen Vertrag gebilligt hat. Man ist bereit, auch weiterhin 25 Punkte zu zahlen. Andernfalls wolle man vertragsfrei bleiben. Der Gauebeitrag wurde von 15 auf 10 Punkte gesenkt. Man gab hierbei der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Beiträge für den deutschen Sängerbund gesenkt werden. Der gesamte Vorstand wurde auf 2 weitere Jahre wiedergewählt. Der nächste Sängertag findet in Gershausen, der übernächste in Schnellrode statt. Zum Schluß machte Gauevorsitzender J. Müller-Wiesungen die Mitteilung, daß er für den Sängergaue Heiligenberg einen Sängergruß geschrieben und in Musik gesetzt habe, der demnächst in den Vereinen eingeübt werden soll. Der Text lautet: „Von des Heiligenberges Höhen grüß dich Gott, grüß dich Gott, mein Heilands so schön!“ Nach weiteren Mitteilungen gesamtlicher Art wurde der Gauepräsident, auf dem warmen Worte der Begeisterung für das deutsche Volkslied, nach dreißigjähriger Dauer in voller Harmonie mit dem deutschen Sängergruß geschlossen.

X „Hitler vor den Toren“. Wie weisen hierdurch auf die morgen Abend 8.30 Uhr stattfindende öffentliche Versammlung der N. S. D. A. P. hin. Näheres siehe Inseratenteil.

*** Freisetzung von Ortslöhnen.** Das Oberverwaltungsamt in Kassel hat gemäß §§ 149, 150 V.D. mit Wirkung vom 1. 1. 1932 ab die Ortslöhne wie folgt festgesetzt: 1) für männliche Personen: a) über 21 Jahre 3,60 RM., b) von 16—21 Jahren 2,70 RM., c) unter 16 Jahren 1,60 RM. täglich. 2) für weibliche Personen: zu a) 2,40 RM., zu b) 1,90 RM., zu c) 1,50 RM. täglich.

+ Büchtigungsrecht Erwachsener gegenüber fremden Kindern. Bei Ungezogenheiten von Kindern und Jugendlichen auf der Straße greifen mitunter Erwachsene die Umgebung durch eine sichtbare Zurechtweisung des Fehlens ein. Nicht selten ereignet dann ein Teil der Anwesenden gegen diesen Partei. Es herrscht auch

nicht Klarheit über die Befugnis eines solchen Eingriffes. Nun hat neuerdings das Kammergericht eine Entscheidung erlassen: Ein Erwachsener, an sich nicht erziehungsberechtigter Zeigener ist im öffentlichen Interesse erlaubt, eine Ungezogenheit eines Kindes sogar gegen den Willen des Erziehungsbesorgten abzuwehren.

Aus Stadt und Land.

*** Angehöriger Nationalsozialist seinen Verletzungen erlegen.** Der in der Neujahrsnacht an der Götze-Wegener- und Gieseler-Straße in Berlin-Wilmersdorf angelegte Kraftwagenführer Rudolf Steller, der der NSDAP angehört, ist im St. Gertraud-Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

*** Weiße Kelle eines Kinderkutschbalkons.** Ein mährischer Landwirt aus Groß-Dölln fand im Döllner Fließ einen kleinen Kinder-Kutschbalkon, der am 23. Dezember 1931 von Rakosch auf Baalad abgelassen worden war. Auf einer anhängenden kleinen Karte wurde dem Finder ein gelegenes Weihnachtsfest und frohes Neujahr in dänischer Sprache gewünscht.

*** Schnelle Festnahme eines Straßenräubers mit Hilfe des Rundfunks.** Der Möllereierwaller Jurist aus Birten bei Xanten wurde auf der Provinzial-Landstraße Mönchengladbach von einem Kraftwagen umfahren. Der Anlaß des Wagens erbot sich, dem Gestürzten behilflich zu sein. Hierbei entfiel ihm eine Alltagskette mit etwa 1000 Mark und fuhr davon. Der Ueberfallene sandte dem Räuber drei Schüsse nach, die den Kraftwagen auch trafen. Nach am gleichen Abend wurde dieser Ueberfall im allgemeinen Rundfunk mit genauer Schilderung des Wagens und des Täters verbreitet. Bereits zehn Minuten später meldete sich ein Garagebesitzer aus Krefeld, in dessen Garage ein Kraftwagen nach der Art des im Rundfunk beschriebenen untergestellt worden war. Der Krefelder des Wagens, ein Möllereierwaller, wurde sofort verhaftet, der Ueberfallene ist gefangen, den Raubüberfall verlor zu haben.

*** Unheimlicher Fund.** Holzhammer fanden in dem bei Jdar gelegenen Diebennwald in einer mit Steinen und Holz bedeckten Grube das Skelett eines Mannes. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Mann im Alter von 20 bis 30 Jahren handelt und daß die Leiche etwa drei bis vier Jahre dort gelegen hat. Bei dem Skelett fand man auch eine silberne Taschenuhr mit Kette, eine Geldbörse ohne Inhalt und eine lederner Alltagskette mit 120 Mark Bargeld in 1- und 2-Markstücken.

*** 22 Verletzte wegen eines hübschen Mädchens.** Im Dorfe Alsching in Südlawien waren zwei Burchen wegen eines hübschen Mädchens in Streit geraten. Da keiner von beiden zurücktreten wollte, verlor sich jeder der Mithilfe einer möglichst großen Zahl von Bauernsohnen. Als es zur Austragung des Kampfes kam, waren über 100 Burchen mit Messern und Brügeln erschienen. Nach kurzer Zeit lagen 22 Verletzte auf dem Boden. Das Mädchen, um das der Kampf geführt wurde, hatte mit großer Spannung dem Kampfe zugegesehen.

*** Flüchtender Sowjetbeamter von G.P.U.-Agenten erschossen.** In der russischen Grenzstation Niegorolje wurde in einem Eisenbahnzug der Sowjetbeamte Feller von G.P.U.-Agenten erschossen. Feller wollte mit einem falschen Paß über die Grenze flüchten. Während seiner Festnahme leistete er Widerstand und wurde hierbei von einem Agenten niedergeschossen.



Nach sechs Tagen lebend geborgen.

Die Rettungsmannschaften der Karsten-Zentrumgrube in Beuthen bringen einen der seit sechs Tagen verschütteten Bergleute aus dem Stollen.

*** Chemaliger Vizekonsul wegen Urkundenfälschung verhaftet.** In Alizza wurde der frühere englische Vizekonsul Beale unter dem Verdacht, amtliche Schriftstücke, die in einer Erbschaftsangelegenheit im Betrage von drei Millionen Mark eine Rolle spielten, gefälscht zu haben, verhaftet.

*** Acht Millionen Arbeitslose in Amerika.** Die amerikanische Gewerkschaftsvereinigung schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf acht Millionen.

22-jähriger SA-Mann erschossen

Schwere Zusammenstöße in Rendsburg. — Zahlreiche Verletzte.

Nach einer Mitteilung der SA-Oberführung Nordmark sind in Rendsburg etwa 70 Angehörige der SA von rund 200 Kommunisten und Reichsbannerangehörigen überfallen worden. Ein 22-jähriger Nationalsozialist namens Menzel wurde getötet, vier weitere Nationalsozialisten schwer, 16 leichter verletzt.

Von der Polizeiverwaltung in Rendsburg liegt ein Bericht vor, in dem es u. a. heißt:

„Angehörige der NSDAP, die angeblich in geschlossener Gruppe von ihrem Versammlungsort „Schützenhof“ durch die Mollaterkaserne marschierten, kamen vor der ehemaligen Infanteriekaserne mit Angehörigen der SPD und der KPD zu tödlichen Auseinandersetzungen. Wer den Streit angefangen hat, muß die Untersuchung ergeben. Fünf der Verletzten sind in Krankenhausbehandlung genommen worden. Die Polizei, die alsbald zur Stelle war, konnte die Streikenden sofort trennen. Wie berichtet, ist einer der Verletzten inzwischen gestorben.“

Deutschland unfähig

Für jetzt und die Zukunft. — Anzweiflung der Reparationskonferenz.

Nachdem nunmehr die Eröffnung der Reparationskonferenz in Lausanne auf den 25. Januar festgelegt worden ist, wird die Frage der deutschen Abordnung verständlich. Die Führung der Abordnung wird Reichskanzler Dr. Brüning selbst übernehmen. Als Delegierte werden der Abordnung Reichsfinanzminister Dietrich und Reichswirtschaftsminister Wirth angehören. Den Reichskanzler wird ferner Staatssekretär Dr. von Bülow vom Auswärtigen Amt begleiten. Im übrigen wird sich die Delegation aus den zuständigen Sachbearbeitern der beteiligten Ministerien zusammensetzen.

Ueber die Gesichtspunkte, die bei der Zusammenfassung der deutschen Delegation maßgebend gewesen sind, äußerte sich der Kanzler dem Chefredakteur einer Nachrichtenagentur gegenüber.

Eineleitend betonte Reichskanzler Dr. Brüning dabei, daß der Tribunalkonferenz in Lausanne eine sehr große Bedeutung zukommt. Er habe es daher, so führte der Kanzler weiter aus, nicht nur in seiner Eigenschaft als Reichsaussenminister, sondern auch als Reichskanzler, dem nach der Befallung die Bestimmung der Richtlinien der Politik zufalle, für seine Pflicht gehalten, trotz der Fülle seiner sonstigen Amtspflichten die Führung der Abordnung selbst zu übernehmen.

Gleichzeitig sei aber Bedacht darauf genommen worden, durch Zurücklassung von leitenden Beamten in Berlin, so der Staatssekretäre des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsanzeiger die Arbeitsfähigkeit des Kabinetts, namentlich für etwaige Änderungen der laufenden Abordnung, sicherzustellen. Während der Dauer der Konferenz werde die Reichsregierung in Berlin unter Leitung des Reichswirtschafts- und Reichsinnenministers Dr. G. v. G. stehen.

Der Pressevertreter fragte weiter, ob denn der Reichskanzler angesichts der gegenwärtigen politischen Lage eine längere eigene Abwesenheit von Berlin für vertretbar halte. Der Reichskanzler erwiderte, seine Teilnahme an der Tribunalkonferenz sei das absolut Vordringlichste. Er halte es übrigens nach der bisherigen Haltung des Völkerrates eigentlich für ausgeschlossen, daß sich eine Mehrheit für sofortige Einberufung des Reichstages zur Behandlung reparationspolitischer Fragen finden könne. Die Reichsregierung habe schon bei verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, daß sie keineswegs beabsichtige, den Reichstag als möglichen Faktor der deutschen Gesetzgebung auf die Dauer auszuschalten. Vielmehr sei sie selber bei der letzten Tagung des Reichstages ins Auge zu fassen.

Die gleiche Haltung nehme die Reichsregierung auch zur Stunde noch ein. Den Einberufungsstermin nun aber etwa auf Mitte oder Ende Januar legen zu wollen, sei nach seiner Auffassung geradezu unverständlich. In demselben Augenblick, wo die Reichsregierung sich anschide, die wichtigsten vaterländischen Interessen des schwer um seine Existenz ringenden deutschen Volkes vor dem Auslande zu verteidigen, wäre eine gleichzeitige Beratung dieser und der damit zusammenhängenden Fragen vor dem Plenum des Reichstages eine völlige Unmöglichkeit.

Geradehin Zweifel an der Haltung der deutschen Abordnung in Lausanne, so fuhr der Reichskanzler fort, sei nicht gut möglich. Er brauche in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Verlautbarungen der letzten Zeit hinzuweisen, wobei er die amtlichen Äußerungen anlässlich des Neujahrsfestes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte. Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlussfolgerungen aus dem Bericht der Paletet Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gewaltigen Ausmaße der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gehenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien und erkenne von ihnen an, daß sie in der modernen Gesetzgebung ohne Beispiel seien.

Zugleich bewerte der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt sei, gebieterisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln, fordere. Dafür, wozu die Entschleunigungen der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinien an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und zeige darüber hinaus, in welcher enormen verhängnisvollen Zusammenhang gerade die deutschen Tributzahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen seinerzeit die Verfasser des Youngplans ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so betonte der Reichskanzler, sei im Grunde alles gesagt.

Es liege klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die allgemeine Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Aufforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung trügen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei.

Abschließend erklärte der Reichskanzler, er glaube bestimmt, daß es heute in keinem Lager mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlussfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden und, wie der Sachverständigenbericht laute, die Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht wieder durch politische Gedankengänge beeinflussen zu lassen.

Lesst Euer Heimatblatt!

